

Medienmitteilung vom 18. September 2018

Vaterschaftsurlaub und Aufnahme von Frauen in Basler Zünfte

In seiner heutigen Sitzung beauftragte der Bürgergemeinderat den Bürgerrat, die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs von 10 Tagen für die Angestellten der Bürgergemeinde weiterzuverfolgen. Zudem überwies das Parlament mit knapper Mehrheit den Auftrag betreffend Mitgliedschaft von Frauen in den Basler Zünften und Gesellschaften.

In Ergänzung zum aktuellen Leistungsauftrag an die Christoph Merian Stiftung plante das Parlament an der heutigen Sitzung den künftigen Umgang mit seinem eigenen Kompetenzbeitrag in der Höhe von jährlich 200'000 Franken zu beraten («Soziale Beiträge des Bürgergemeinderats»). Auf Antrag der FDP/LDP-Fraktion wurde die Debatte zu diesem Geschäft, um die Frist zur Meinungsbildung zu verlängern, auf die Parlamentssitzung vom 11. Dezember 2018 verschoben.

Vaterschaftsurlaub: Im Juni 2017 wurde der Bürgerrat vom Parlament aufgefordert, eine Anpassung des Vaterschaftsurlaubs für die Angestellten der Bürgergemeinde (Bürgerspital, Waisenhaus, Zentrale Dienste) zu prüfen. Angesichts der anstehenden eidgenössischen Volksabstimmung zu einem Vaterschaftsurlaub, der in Umfang und Finanzierung dem Mutterschaftsurlaub gleichgestellt werden soll, sprach sich der Bürgerrat für ein Abwarten des Abstimmungsresultats aus. Die parlamentarische Aufsichtskommission kam in Ihrer Vorberatung jedoch zum Schluss, dass die Bürgergemeinde ihre bisherige Regelung bereits jetzt derjenigen des Kantons Basel-Stadt anpassen und den Vaterschaftsurlaub von fünf auf zehn Tage erhöhen soll. Mit einem knappen Mehr von 18 zu 20 Stimmen folgte das Parlament dem Antrag der Aufsichtskommission.

Frauen in Zünften: Der Auftrag der SP betreffend «Mitgliedschaft von Frauen in den Zünften der Stadt Basel, in den Vorstadtgesellschaften Grossbasels, in den Drei Ehren-Gesellschaften Kleinbasels und in der Bürgerkorporation Kleinhüningen» wurde nach einer ausführlichen Diskussion mit 20 gegen 16 Stimmen und zwei Enthaltungen an den Bürgerrat überwiesen. Der Bürgerrat nahm den Auftrag entgegen, dies jedoch mit dem Hinweis darauf, dass Entgegennahme nicht a priori mit Zustimmung gleichzusetzen sei. Der Bürgerrat hat nun ein Jahr Zeit für die Prüfung des Sachverhalts und das Erstellen eines Berichtes zuhanden des Parlaments.

Keine Amtszeitbeschränkung: Der Auftrag betreffend «Senkung der Einbürgerungsgebühren für tiefe Einkommen» des Grünen Bündnis fand im Parlament keine Mehrheit. Handkehrum hat der Bürgerrat den Auftrag des Grünen Bündnis zur «Berücksichtigung des bürgergemeindeeigenen Grafischen Zentrums für Aufträge der Bürgergemeinde im Allgemeinen und des Bürgerrates im Spezifischen» zu prüfen und darüber zu berichten.

Dasselbe gilt für den «Beitritt des Bürgergemeinderates der Stadt Basel zur Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen (SGP)». Knapp abgelehnt mit 19 zu 17 Stimmen und einer Enthaltung wurde die von der SP-Fraktion gewünschte Prüfung einer Amtszeitbeschränkung.

Haltungsfrage: Mündlich beantwortet wurde die Interpellation von SP-Mitglied Alex Klee, in der er konkrete Angaben zur Haltung des Bürgerrates zu den Empfehlungen und Anregungen forderte, die die Aufsichtskommission (AK) zum Jahresbericht 2017 formuliert hatte. Den Ausführungen von Bürgerratspräsidentin Fabienne Beyerle war zu entnehmen, dass der Bürgerrat den Empfehlungen weitgehend zustimmend gegenübersteht.

AK-Präsident Markus Grolimund sicherte zu, zu den einzelnen Punkten und Empfehlungen mit dem Bürger-
rat im Austausch zu bleiben.

Klimaschutz und Anlagen: Mit einer weiteren Interpellation stellte das Grüne Bündnis die Frage: «Pensi-
onskasse, Stiftungen, Fonds – gibt es bei der Bürgergemeinde Basel eine Strategie des Klimaschutzes im
Bereich Anlage von Finanzvermögen?» Die Antwort zur Pensionskasse bestand in einer schriftlichen Stel-
lungnahme der Baloise Asset Management AG, in der sie u.a. darauf hinweist, dass sie den Empfehlungen
des Schweizer Vereins für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen folgt und jährlich einen «Carbon Foot-
print» erstellt, der eine vergleichsweise tiefe Umweltbelastung ergibt.

Bei den Stiftungen und Fonds prüft der Bürgerrat derzeit die Umstellung von traditionellen auf sogenannte
ESG-Indexprodukte (ESG für Environment, Social, Governance). Mit diesem Ansatz würden neben dem
Aspekt des Klimaschutzes noch weitere Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt.

Interpellant Pierre-Alain Niklaus zeigte sich mit der Antwort zufrieden.

Personelles: Für den zurückgetretenen Jeremy Stephenson (LDP) ist Corinne Eymann-Baier in den Bür-
gergemeinderat nachgerückt.

Im Namen des Bürgergemeinderates
Der Präsident: Sebastian Kölliker
Der Bürgerratsschreiber: Daniel Müller

Besten Dank für eine Veröffentlichung.
Weitere Auskunft erteilt gerne: Sebastian Kölliker, 079 249 11 58